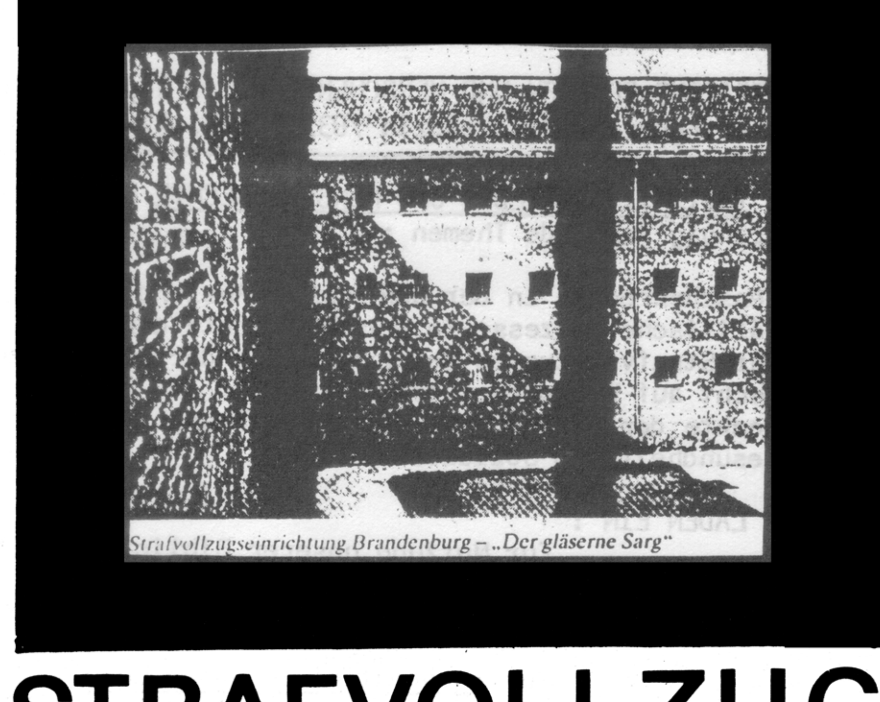
INFO blatt

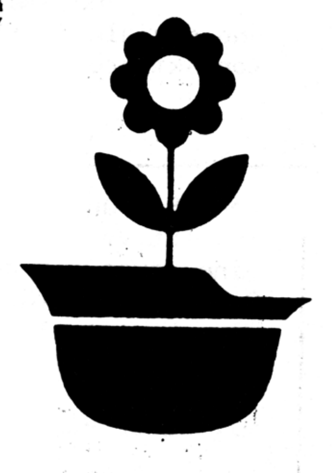
Nr. 6

Initiative Frieden und Menschenrechte


Strafvollzugseinrichtung Brandenburg – „Der gläserne Sarg"

STRAFVOLLZUG in der DDR

Die Zukunft der Streitkräfte in Europa...



BÜNDNIS 90

Bürger für Bürger

INITIATIVE FRIEDEN UND MENSCHENRECHTE , Regionalgruppe Leipzig
Demmeringstraße 21, Leipzig 7033 , Tel. 47 04 07 und 4 78 71 95

Die INITIATIVE FRIEDEN UND MENSCHENRECHTE bearbeitet in Leipzig vorrangig folgende Themen :

- Menschenrechte in der DDR und im Ausland
- Pölitische Prozesse in der Geschichte der DDR
- der Strafvollzug un dei Erneuerung der Strfvollzugbedingungen
- Recht auf Wehrdienstverweigerung
- Rechte der Frauen - Gewalt gegen Frauen
- Gesundheit und Soziales

WIR LADEN EIN :

Zur Nutzung unserer Bibliothek zu Politik, Geschichte und Zeitgeschehen :
Dienstag und Donnerstag 15.oo - 19.oo Uhr

Zur Information in unser Büro :

Dienstag und Donnerstag	15.oo - 19.oo Uhr
Mittwoch	11.oo - 14.oo Uhr
Samstag	10.oo - 12.oo Uhr

Sprechzeiten :
- für betroffene von plitischen Prozessen in der DDR
- für den Runden Tisch der Stadt und des Bezirkes Leipzig
- für den Ausschuß "Recht" des Bürgerkomitees Leipzig
  Mittwoch 18.oo - 20.oo Uhr
- Arbeitskreis Wehrdienstverweigerung / Entmilitarisierung
  Donnerstag 14.oo -16.oo Uhr / Mittwoch 16.oo -18.oo Uhr
- Arbeitskreis Gesundheit und Soziales
  Donnerstag 18.oo - 20.oo Uhr

INITIATIVE FRIEDEN UND MENSCHENRECHTE,
Haus der Demokratie, B. Göhrimg - Str. 152, Leipzig 7030, Tel. 3 91 10 06

AG Strafvollzug	Dienstag	16.oo -20.oo Uhr
AG Suchtprobleme und sziale Konflikte	Mittwoch	16.oo - 20.oo Uhr
Kontaktbüro der IFM	Freitag	15.oo - 17.oo Uhr

Wenn Sie uns unterstützen wollen, gibt es der Möglichkeiten viele !
Es gibt verschiedene Arten der Bearbeitung von Menschenrechtsverletzungen, eine davon ist die Öffentlichkeitsarbeit. Dazu benötigen Wir zum Beispiel Papier und natürlich Farbe, sowie viele viele andere Dinge. Freilich dies kostet alles Geld, viel Geld!

SPENDEN SIE?
mit einer Postanweisung an unsere Adresse,

FÜR EINEN GUTEN ZWECK !!!

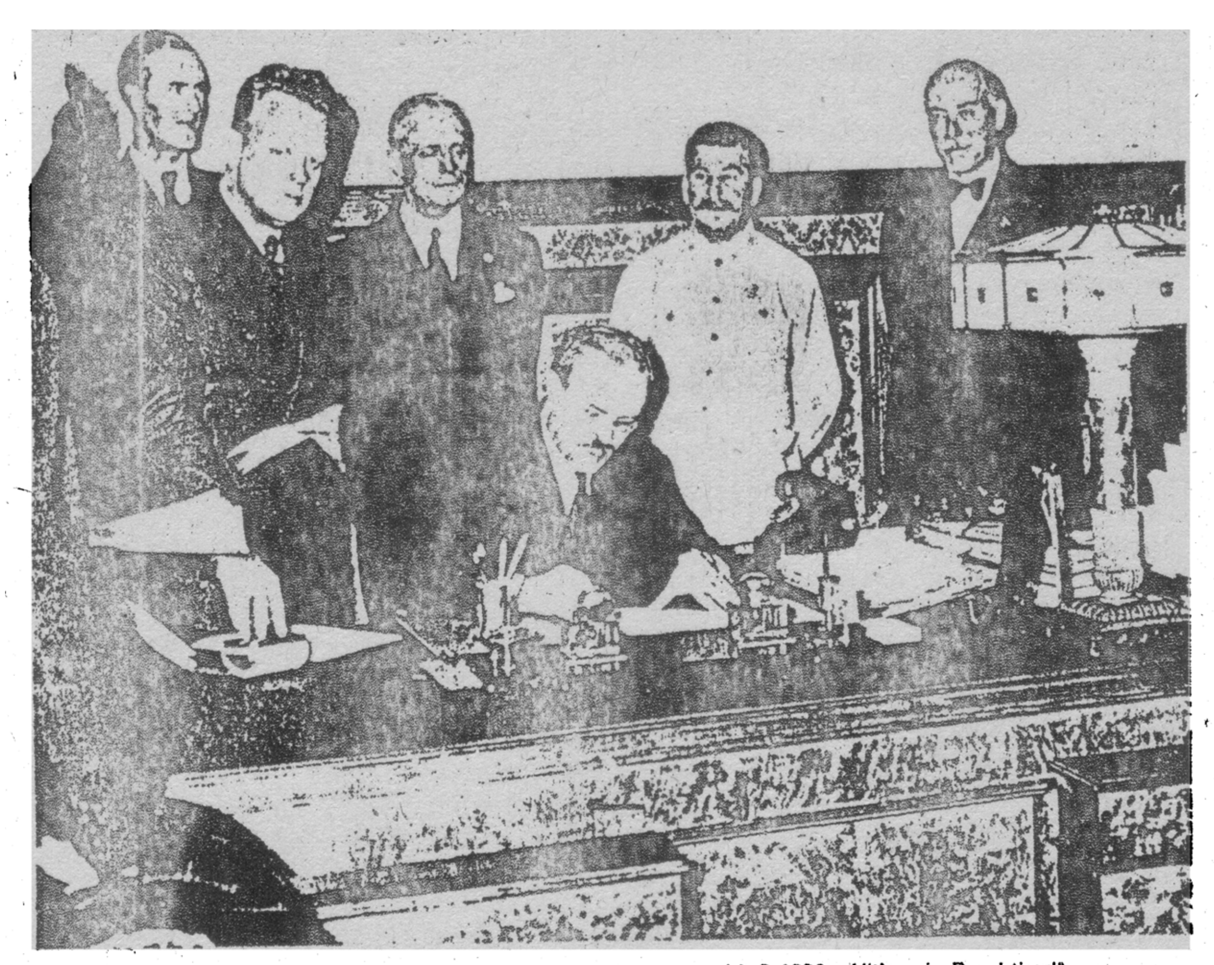
Informationsblätter der IFM Leiptig
Herausgegeben von der Initiative Frieden und Menschenrechte / Leipzig
Ergänzungen : Der Verfasser des Textes "Die Bodenlosen Rosen" ist der Redaktion bekannt.
Der Artikel "Weiterer sozialer Abstieg oder gesellschaftliche Hilfe" ist ein Aaufruf, der vom Neuen Forum AG Strafrecht, der IFM Regionalgruppe Leipzig, der AG Strafvollzug und dem Rat der Stadt Abteilung Wiedereingliederung gezeichnet ist.
Das Bild von Wolfgang Leonhard entnahmen wir der Zeitung "Wir in Leipzig"

WOLFGANG LEONHARD IN LEIPZIG

"Die wichtigste Errungenschaft der Ereignisse in Osteuropa ist, daß der real existierende Sozialismus, dieses totalitäre System, für immer Abschied genommen hat."
Dies sagte Wolfgang Leonhard in einer Veranstaltung des Reclam - Verlages Leipzig am 23. Februar 1990 im Hörsaal 20 der Karl Marx Universität. Der Anlaß für diese Lesung und Diskussion mit Prof. Leonhard ist die Herausgabe seines Buches " Die Revolution entläßt ihre Kinder " im Reclam- Verlag Leipzig. Ein zum Bersten gefüllter Hörsaal empfing den symphatischen älteren Professor, der nicht zum Buch griff um eine trockene Lesung folgen zu lassen, sondern er erzählte seine Erlebnisse und Erfahrungen mit dem stalinistischen System frei weg.
Er machte die aufmerksamen Zuhörerer mit der Situation in der Sowjetunion in den Dreißigern bekannt. Wolfgang Leonhard selber ist 1935 mit seiner Mutter nach Moskau gegangen und besuchte dort die deutsche Karl Liebknecht Schule, sowie die 93. Moskauer Schule, mit anderen Emigranten aus Deutschland und Österreich. Im Zusammenhang mit der großen Säuberung in der Sowjetunion 1937 /38 wurde auch die Mutter Wolfgang Leonhards verhaftet und in ein Arbeitslager verschleppt. Mit der großen Säuberung im damaligen stalinistischen Reich sind ca. sieben Millionen Menschen verhaftet worden. Wolfgang Leonhard sprach mit einer Rethorik die das Publikum zum zuhören zwang von der Zwangsverlegung aller antifaschistisch denkenden Menschen nach Kasachatan. Auch er wurde, im Zuge des Hitler - Stalin Paktes, nach Kasachatan verbannt und ist dann durch Zufall an der Schule des KOMITERN aufgenommen wurden. Dort traf er ehemalige deutsche Schulkameraden wieder, wie Helmut Gennys oder Mischa Wolf, allerdings mit einen Pseudonamen ausgestattet, um die Schule der Komm. Internationale so geheim wie möglich zu halten. Dort traf Prof. Leonhard auch den Späteren DDR Armeegeneral Heinz Hoffmann oder Walter Ulbricht. In dieser Schule wurden auserwählte Personen vorbereitet die spätere Sowjetzone politisch zu übernehmen.All diese Erlebnisse Leonhards mit dem Stalinismus führten zum Bruch mit dessen System.


Professor Wolfgang Leonhardt.

WOLFGANG LEONHARD, Jahrgang 21, lebt jetzt in Manderscheid/ Eifel



Ribbentrop (3. v. l.), Molotow, Stalin, Schulenburg bei Vertragsschluß 1939: „Hitler ein Prachtkerl"

Eine russiche Journalistin bestritt diese Tatsachen heftig und geriet mit Prof. leonhard in eine heftige Diskussion die zum Teil auf russisch geführt wurde. Nach lautstarker Einmischung des Zuhörerkreises verließ die Russin den Hörsaal.Danach ging der Autor auf die Anfänge der politischen Arbeit in der Sowjetzone ein. Hier war er Mitglied der Gruppe Ulbricht , eine der drei Gruppen die die politiscen Fäden in der späteren DDR ziehen sollten. Er beschrieb Walter Ulbricht als einen kühlen berechnenden Stalinisten. Er beschrieb wie es zur Bildung der Parteien in der DDR kam und welche Rolle dabei die politische Zentrale in Moskau gespielt hat. Wolfang Leonhard als einer der Männer der ersten Stunde in diesen Land hatte seinen Traum von einem sozialistischen Deutschland ohne russische Beinflussung, also einen eigenen Weg, sehr bald aufgeben müssen. Der totale Bruch mit dem Kommunismus erfolgte als erfuhr das ein eigener deutscher Weg, ohne Stalin, nicht gelingen würde. Er und andere enge Vertrauten verteilten in der Berliner Parteihochschule jugoslawische Schriften die den Weg Titos befürworteten. Dieses waghalsige Unternehmen flog auf. Wolfgang Leonhard sah in diesem Land keine demokratische Zukunft und wußte um die Folgen dieses stalinistischen System, er floh am 12. März über die Tschecheslowakei und kam nach aufregender flucht am 25. März in Belgrad an. Von dort wechselte er in die Bundesrepublik Deutschland über. Dort studierte Wolfgang Leonhard Geschichte. In den 40 Jahren die Professor Leonhard im Westen verbrachte, beschäftigte er sich ausschließlich mit der Sowjetunion und der Politik der kommunistischen regierten Ländern.Er schrieb mehrere Bücher, das bekannteste "Die Revolution entläßt ihre Kinder" sowie mehrere Veröffentlichungen in Zeitungen. Die anschließende Diskussion war durch zeitliche Begrenzung sehr kurz und wenig aussagekräftig.

Steffen Kühhirt

ULRICH SCHACHT

Nation, Demokratie und der "Eros des Westens" oder : Versuch

über die Zukunft beider Staaten in Deutschland

Eine politische Rede 17.November 1989

Vor etwas mehr als drei Jahren, am 17.Juni 1986, hielt der ehemalige Bundespräsident Walter Scheel im Deutschen Bundestag eine Rede zum Gedenken an den Arbeiteraufstand in Mitteldeutschland gegen das stalinistische SED-Regime 33 Jahre zuvor.

Diese Rede - ein intellektueller Tiefpunkt im Rahmen des jahrzehntelangen notwendigen öffentlichen Nach-Denkens über diesen wichtigsten deutschen Nachkriegs-Juni, über seine materiellen und ideellen Ursachen, politischen Auswirkungen und moralische Bedeutung für die Gegenwart und Zukunft der geteilten Nation - ist es dennoch wert, gerade jetzt wieder, da sich zwischen Ost-Berlin und Dresden vergleichbare Bilder entwickeln, in Erinnerung gerufen zu werden.

Warum ?

Weil diese Rede-jedenfalls in meinem Verständnis der jüngsten deutschen Geschichte - sich als ein ausgesprochen paradigmatischer, also mustergültiger Text ausweist, der den radikalen Verlust von Freiheitsbewußtsein und national-emanzipatorischer Orientierungsfähigkeit in den Köpfen der herrschenden politischen Eliten im Westdeutschland der siebziger und achtziger Jahre auf exemplarische Weise markiert.

Der libertäre Geist des Grundgesetzes, aus dem sich jene - auf Deutschlands Zukunft bezogen - doppelte politische Motivation und Pflicht speiste, wurde sukzessive einer rabiaten Verdrängungspolitik ausgeliefert. So sehr, daß ein Gedicht von Richard Salis, "Bilanz", sein Titel, und Jahre zuvor geschrieben, wie ein aktueller Kommentar dazu gelesen werden kann :
" Die deutsche Dummheit ist unteilbar. / Die deutsche Teilung / vollzieht sich weiterhin planmäßig. / Das Soll beim Mauerbau / vor deutschen Köpfen / ist übererfüllt. / Was deutscher Fleiß auseinanderfügte, / vermag Gott nicht zusammenzuschmieden."

Scheel damals :" Die Teilung hat uns viele Schmerzen bereitet. Schmerzt sie uns noch? Und wenn sie uns nicht mehr schmerzt - oder wenn sie uns weniger schmerzt : ist es sinnvoll, alte Schmerzen wieder aufzurühren?... Gibt es nicht viele, die sagen : Was sollen wir von der deutschen Einheit reden ? Es nützt doch nichts, weder uns noch den Deutschen in der DDR. Und ist es nicht besser, Vereinbarungen mit der Regierung der DDR anzustreben, die es ermöglichen, daß mehr Jugendliche von dort uns hier besuchen können, oder Vereinbarungen, die das Besuchsalter der DDR-Bürger heruntersetzen ? Und viele fragen auch : Werden solche Vereinbarungen nicht gerade durch Veranstaltungen wie diese erschwert ?... Und wir selbst ? Haben wir nicht andere Sorgen, Sorgen wie sie etwa das Reaktor-Unglück in Tschernobyl ausgelöst hat ? Ist es nicht wichtiger, internationale Regelungen für die Kernsicherheit zu finden, als Reden über die Einheit zu halten ?"

Dieser Bundespräsident hat dann tatsächlich im weiteren Verlauf seiner Ansprache zum 17. Juni und trotz einer kurz eingeflochtenen Vermutung, daß beide Problemkreise zusammengehören könnten, im wesentlichen über das Ereignis Tschernobyl gesprochen, über die Richtigkeit der von Willy Brandt und ihm exekutierten Form von Entspannungspolitik, deren Kern der F r i e d e zwischen den Systemen sei, und darüber, daß das Festhalten an unserem eigenen Wertesystem nicht notwendigerweise bedeute, "der anderen Seite ein Wertesystem abzusprechen".

In diesem Zusammenhang nahm der ehemalige Präsident der Bundesrepublik Deutschland, den man gewiß nicht verleumdet, wenn man ihm einen ungetrübten Hang zu den materiellen Annehmlichkeiten der westlichen Wohlstandsgesellschaft nachsagt, auf die ihm eigene schlichte Weise an, daß die"Bevölkerung der DDR" so formulierte er,

"auf ihre dort vorhandenen sozialen Einrichtungen in einer europäischen Friedensordnung" bestimmt nicht verzichten wolle, denn wenn sie ihrem Staat überhaupt etwas zu gute hielte, dann sei das "doch sicherlich die Betonung und weitgehende Realisierung ihrer Art von sozialer Sicherheit".

Walter Scheel, sein Redenschreiber sowie jene Damen und Herren Abgeordneten, die ihm damals Beifall spendeten, werden sicherlich am 17. Juni 1986 zutiefst davon überzeugt gewesen sein, den Realitäten in Deutschland und Europa auf geradezu atemberaubend - kühne Weise ins Auge geblickt zuhaben.

Aber was einigen Zeitgenossen schon damals auffiel und heute den meisten fast allabendlich mit beispielloser Schärfe ins Bewußt-Sein getrieben wird, ist die Tatsache, daß eben diese so scheinbar realitätsbezogene Sicht der Dinge mit den Realitäten hinter den Entspannungskulissen in der DDR und Ost-Europa fast nichts zu tun hatte, also realitätsferner kaum sein konnte.

Scheel hat damals, was viele von uns nicht erst seit vorgestern wissen, eher wie ein Blinder von der Farbe gesprochen ; nicht ohne Eitelkeit - stellvertretend für viele - pries er in leich selbstanklägerisch-devoter Haltung, eine rhetorische Grundfigur deutscher Entspannungsideologen und -politiker, das potemkinsche Friedensdorf Europa auf der Basis des zynischen Entwurfes von Jalta.

Was diese Rede durchzog, war der gemeine Grundton : Laßt doch die alten Geschichten Geschichte sein ; uns reicht die Freiheit, wenn ihr mit dem Frieden vorlieb nehmt. Hier ist auch nicht alles Gold,was glänzt, und ansonsten:in Europa sehen wir uns wieder!

Der Philosoph Ernst Bloch, auch er ein Republikflüchtling im Jahr des Mauerbaus, hat in seiner Studie " Naturrecht und menschliche Würde " solcher erbarmungslosen Oberflächlichkeit, die zudem auch noch Tiefenschärfe vortäuscht, den decouvrierenden Satz in den Weg gestellt :"Die Anpassung an das Gegebene ist übel-positivistisch, wenn sie den Mantel nach dem Wind hängt oder, wie man mit einem hier durchaus einschlägigen Bild sagt, wenn sie sich auf den Boden der Tatsachen stellt, gleich wie er dreinsieht."

Ich glaube, es ist keine polemische Unterstellung, wenn ich behaupte, daß die gesamte Entspannungspolitik der letzten 15 Jahre - also die Phase in der sie zur alleinseeligmachenden zweiten Staasräson der Bundesrepublik Deutschland verkam - sich exakt von dieser übel-positivistischen "Anpassung ans Gegebene" leiten ließ, um - wie sie vorgab-, endlich auf den Boden der "Tatsachen" zu kommen.

Aber der Boden,auf dem sie dann tatsächlich landete, war ein blutiger, von schwelenden Massenzorn erodierter und kommenden Massenrevolten gezeichneter - zum Schluß nur noch mit roten Empfangsteppichen bedeckt oder Parkettfußböden in Schlössern, Jagdhütten und anderen von der Wirklichkeit des "real existierenden Sozialismus" sehr weit entfernten Gehäusen der Macht. Mit einem zunehmend "pathologisch guten Gewissen" - ich denke an solche Politik-Strategen wie Egon Bahr Erhard Eppler, Günter Gaus oder Jürgen Schmude, in anderen Parteien würde man ebenfalls fündig - wurde eine zunehmend falsche Politik verteidigt und durchgesetzt. Bis in die Diktion gleicht sich deshalb heute auch die Selbstrechtfertigungsphraseologie von SPD und SED Funktionären: "Wir müssen die Ostpolitik Brandt und Bahrs weiterentwickeln; aber dementieren werden wir sie nicht." Ein Wort des ehemaligen Bundesgeschäftsführers der SPD, Peter Glotz. Er betreibt schon lange die"Arbeit der Zuspitzung", wenn es um die Interpretation der Entwicklung in Ost- und Ost-Mitteleuropa sowie im anderen Teil Deutschlands n a c h Breschnew geht : Der national formulierte Emanzipationsprozeß des polnischen Volkes, die Unabhängigkeitsbestrebungen der baltischen Nationen, der radikale Wandel in Ungarn vom post-stalinistischen System zur parlamentarisch- gewaltengeteilten Demokratie westeuropäischen Zuschnitts, das alles treibt ihn und seine Genossen in eine gewisse Erregung, die Züge von Hysterie annimmt. Diese Politiker, die nicht bereit sind zu dementieren, werden nun vom Leben selbst dementiert.

Ihre Reaktionen auf diesen Vorgang sind alarmierend : In der Nachfolge von Egon Bahr denunziert Peter Glotz das nationale Souveränitätsstreben all dieser Völker als "nationalistisch" und setzt einen abstrakten Europa-Begriff multikulturellen Inhalts entgegen. Ein Mann wie Günter Gaus beleidigt Ungarns Radikal-Reformer, indem er ihnen - von seinen norddeutschen Wohlstandshügeln aus - unterstellt, sie hätten die "Zwei-Drittel-Gesellschaft" zur Staatsräson erhoben, obwohl er, Gaus, sie doch ständig in der Bundesrepublik als etwas Verwerfliches anprangere.

Was ihn und seine Gesinnugs-Genossen zunehmend aaressiver macht, ist der Umstand, daß kaum noch ein Mensch östlich der Elbe "Ostexperten" dieser Art zuzuhören geneigt ist. Den Entspannunosfunktionären des Westens geht es da wie den KP-Funktionären der zerfallenden kommunistischen Despotie. Jahrzehntelang mit Hilfe der Friedensphrase erniedrigt und beleidigt, haben die Menschen in diesem Reich der Alpträume das Gegenwort zum Leitmotiv ihres Handelns erhoben: Von Riga über Moskau bis Dresden und Schwerin will man jetzt und letztendlich nur eins : F r e i h e i t , das Synonym für ökonomische und politische Emanzipation.

Mit dem französischen Philosophen Andre Glucksmann könnte man auch sagen : "Der Eros des Westens" hat - gegen alle Despotie - gefruchtet ! Die metternichsche Schlauheit der Vertreter eines Konzepts von "Wandel durch Annäherung" ist ihnen mittlerweile ganz einfach zu schlau, denn es gibt keine verbalen Schleichwege zur Freiheit im Prozeß der Geschichte. Die Menschen im Machtbereich kommunistischer Kaderparteien haben es einfach satt, mit diplomatisschen Phrasen abgespeist zu werden. Sie wollen Klar-Text : über ihre Lage, über die, die dafür verantwortlich sind, und über ihre Aussichten, der täglich erfahrenen moralischen und ökonomischen Misere zu entkommen.

Natürlich gibt es geschichtliche und persönliche Situationen, in denen man um der Wahrheit oder eines anderen anständigen Zieles willen die Un-Wahrheit sagen muß. Notlügen nennt man das. Aber dauernd die Wahrheit beim Beschreiben der Wirklichkeit vermeiden, dauernd denjenigen aus dem Wege zu gehen, die solcher Gegen-Wahrheit unter persönlichen Gefahren ihre Stimme leihen - das führt zu moralischen Deformationen gefährlichen Ausmaßes. Nur auf dieser trügerisch-pathologischen Basis der "Anpassung ans Gegebene" konnte es passieren, daß später vom Volk gestürzte kommunistische Autokraten - ich denke da an Edward Gierek in Polen -,oder sich als Schlächter erweisende "Reformkommunisten" - ich denke da an Deng Xiaoping - von deutschen Sozialdemokraten zu potenziellen Kabinettsmitglieder gemacht werden konnten. Nur auf dieser Basis konnte die früher am konsequentesten für nationale Einheit in Freiheit streitende deutsche Partei, die SPD in der Tradition des Anti-Faschisten und Anti-Kommunisten Kurt Schumacher, zu dem peinlichen, die ideelle Integrität dieser Partei zutiefst beschädigenden "Gemeinsamen Papier" mit der SED kommen.

Blind für die Realitäten im Gesellschaftssystem der Breschnew, Honecker, Husak, Jaruselski, Kadar - um nur einige zu nennen - , schuf man sich die Scheinwelt des Dialoges mit den Mächtigen aus Stalins Kaderschmieden.

Die Opposition gegen diese Mächtigen kam kaum oder gar nicht, jedenfalls primär als Randerscheinung vor. Und selbst als sie unübersehbar mehr geworden war als nur eine gesellschaftliche Randerscheinung, als sie sich mit Mut und Blutopfer, den subjektiven und objektiven Konstanten jeder Zivilcourage , ins Rampenlicht der Weltöffentlichkeit gekämpft hatte, wie in Polen der Jahre 1980/81, selbst dann wurde sie noch ignoriert. Der heutige Solidarnośc-Abgeordnete Adam Michnik, ein polnischer Patriot und Demokrat, der Jahre seines Lebens hinter Gefängnismauern verbrachte, weil er sich der "Anpassung ans Gegebene" schlicht verweigerte, Michnik hat kürzlich in einem Essay noch einmal darauf hingewiesen, wie sehr diese polnische Opposition es als einen Schlag gegen sich empfunden hat, daß der damalige SPD-Vorsitzende Brandt bei seinem Besuch im Polen des Kriegsrechtes dem Arbeiter und Oppositionsführers Walesa aus dem Weg ging.

Und seit wann sucht diese SPD den Dialog mit Oppsitionellen im anderen Teil Deutschlands ?

Spätestens seit Egon Krenz, der neue Genaeralsekretär der SED, gezwungen ist, ihn auch zu suchen. Allerfrühestens jedoch erst kurz vor ihm.

Das ist natürlich eine Schande und wir haben die Pflicht, den Ursachen dieser Schande auf die Spur zu kommen. Was deshalb in diesen Tagen und Wochen

da sich im anderen Teil der Nation unübersehbar das lange unterdrückte Freiheitsbewußtsein von Generationen Bahn bricht, not tut, ist nicht nur die Solidarität mit den kämpfenden Menschen vor Ort - die ist selbstverständlich Viel nötiger ist eine kritische Überprüfung, eine im Sinne des Philosophen Karl Popper radikale Infragestellung aller Grund-Theoreme und Axiome der praktischen Entspannungspolitik und ihrer, den gesellschaftlichen Diskurs Westdeutschlands noch immer geradezu manipulativ beherrschenden Ideologie.

Die These, zu dieser Entspannungspolitik gebe es keine Alternative, muß endlich dem Popperschen Falsifikationsverfahren unterworfen werden - nach dem , wie man weiß, Hypothesen, Theoreme und andere Behauptungen, die Wahrheitsrang für sich beanspruchen, diesen erst zugesprochen bekommen können, wenn ihre Erfinder und Vertreter die eigene Idee einem radikalen Prüfungsverfahren unterworfen, also der jeweiligen Gegenthese Spielraum gegeben haben.

Weil das so nie geschehen ist, sondern genau das Gegenteil, ist es an der Zeit, das parallel zum Entmythologisierungsprozeß, den jetzt die SED über sich ergehen lassen muß, in diesem Teil Deutschlands ein vergleichbares Verfahren auf die Entspannungspolitik und ihre Ideologie angewand wird.

Dieses Verfahren würde inzwischen allerdings nicht nur SPD-Strategen treffen, sonder Politiker aller westdeutschen Parteien, die im Bundestag vertreten sind. Der Opportunismus ist, wie wir wissen, ein anthropologisches und kein parteipolitisches Phänomen.

Nun mag man einwenden, dieser Prozeß hier sei überflüssig, weil der historische Prozeß gegen die SED, der jetzt in Mitteldeutschland ins Rollen kommt, die beste Beweisführung auch gegen die verkorksten Ideen und Handlungen derjenigen ist, die glaubten behaupten zu müssen, ausgerechnet Erich Honecker sei ein "honoriger Mann". So der niedersächsische Oppositionsführer Gerhard Schröder; nicht zu reden von solchen Honecker- und SED-Kennern wie Oskar Lafontaine oder Günter Gaus.

Fast könnte man diesem Einwand zustimmen, denn der Zusammenbruch aller Entspannungsideologeme und ihrer Prämissen wie - es gebe so etwaswie eine wachsende Identität zwischen SED-Staat und den Mitteldeutschen; Frieden sei wichtiger als Freiheit; ein bißchen mehr Reisefreiheit in den Westen würde Spannungen im Inneren der DDR reduzieren; zwei deutsche Staaten dienten dem Frieden in Europa und der Welt; Deutschland sei allerhöchstens eine Kulturnation, seine Staatstradition sei gering und habe immer nur negative Auswirkungen für die übrigr Welt gehabt - dies alles und noch mehr ist in der Tat widerlegt : Die verbissene Stabilisierungspolitik aller Bundesregierungen der letzten zwanzig Jahre - eine im Kern kontinuierliche Politik, wenn auch mit unterschiedlichen Akzenten - gegenüber der zweiten deutschen Diktatur hat, wie wir jetzt überdeutlich sehen können, zu einer fast heillosen Destabilisierung der Situation in Europa geführt.

Zu fragen ist deshalb : Habt ihr, die ihr mit der Entspannungspolitik angeblich zur Stabilisierung der Lage in Europa beitragen wolltet, bewußt ein doppeltes Spiel getrieben, um den jetzigen Aufruhr und seine ihm innewohnende Freiheits- und national-emanzipatorische Perspektive zu provozieren? Das heißt : Hat eure Schlauheit funktioniert ? War euer Dialogangebot an die SED nur ein Trick, der sich durch das Ergebnis rechtfertigt ?

Oder habt ihr euch bloß geirrt ?

In den Menschen, in den Verhältnissen und euren daraus abgeleiteten Politikentwürfen für die deutsche Nation und Europa ?

Ich fürchte,es gibt Indizien dafür, die so Befragten haben sich nur geirrt. Aber sie werden es nicht zugeben wollen. Anders jedenfalls kann ich mir die abenteuerlichen Behauptungen mancher Entspannungspolitiker nicht erklären, die plötzlich mitteilen : Allein ihrer Politik, allein der KSZE-Schlußakte sowie anderen Papieren Wiener und Bonner Machart sei der jetzige Wandlungsprozeß in Ostmitteleuropa und im anderen Teil Deutschlands zu verdanken.

Das erinnert an die nach dem Sturz Honeckers erfolgte Behauptung des einstigen SED-Chefideologen Kurt Hager, seine Partei, die SED, sei es gewesen, die den Dialog erfunden habe!

Wir sollten an dieser Stelle massiv widersprechen :

So wenig wie ausgerechnet Kurt Hager den Dialog mit der Opposition in Mitteldeutschland "erfunden"hat, so wenig brauchte die Opposition von Moskau bis Prag und Ost-Berlin die KSZE-Schlußakte und andere Diplomaten papiere, um der Entwicklung auf die Sprünge zu helfen, die jetzt vor unser aller Augen sichtbar geschiet. Diese Papiere waren zwar nicht unnütz; ursächlich für die revolutionäre Situation im Ostblock aber ist das Zusammentreffen ganz anderer Faktoren : Hauptfaktor ist dabei die mit systemimmamenten Mitteln unlösbare ökonomische Kriese, die - Ironie der Geschichte - das solide Fundament der dauernten Legitimationskrise war. Daß diese Dauerkrise erst jetzt in dieser Breite und Radikalität zum Ausbruch kommt, das haben wir genau jenen und ihrem falschen Veränderungskonzept zu verdanken, die geglaubt haben, mit ihrer Variante von "Anpassung an das Gegebene" plus Milliarden Devisen ließe sich eine solche gesellschaftliche Doppelkrise mittelfristig beheben.

So wurde jedoch nur ein marodes, todkrankes System - das System des Post-Stalinismus, für das die Namen Breschnew und Honecker zu Synonyma wurden - künstlich verlängert. So wurde ein unreformierbares Reich des Terrors gegen Andersdenkende über seine natürliche Zeit hinaus am Leben gehalten. Unkritische Sozialismusliebe, ein systemtheoretischer Resozialisierungswahn und ideologische Selbstverliebtheit haben die unheilige Allianz gebildet, die dafür gesorgt hat, das ein Mann wie Gorbatschow erst so spät auf den Plan treten konnte und wir in Deutschland noch mit einem Egon Krenz als Secondhand-Reformer vorlieb nehmen müssen.

Dabei mußte man wirklich nicht sonderlich begabt sein, um zu wissen, daß das kommunistische System unwandelbar verdorben und deshalb unrettbar ist.

Warum ?

Die Antwort ist - seit 70 Jahren - blutig einfach : "Der Kommunismus schränkt die Freiheit, , vornehmlich die geistige Freiheit, stärker ein als jedes andere System, abgesehen vom Faschismus. Das völlige Einswerden von wirtschaftlicher und politischer Macht führt zu einem erschreckend funktionierenden Apparat der Unterdrückung, der keine Ausnahme mehr zuläßt. Unter einem solchen System würde jeder Fortschritt bald zur Unmöglichkeit, da es zum Wesen der Bürokraten gehört, sich jeder Veränderung, von einem Zuwachs der eigenen Macht abgesehen, zu widersetzen."

Wer hat das gesagt ?

Der keiner Rechtsabweichung verdächtige linkssozialistische Philosoph Bertrand Russel.

Und wann ?

Im Jahre 1938 !

Und er hat weiter gesagt : "Die Annahme, die regierende Klasse im kommunistischen Staat werde stets im Interesse des allgemeinen Wohls handeln, ist nichts als törichter Idealismus und widerspricht der marxistischen politischen Philosophie."

Ich glaube, daß es genau dieser "törichte Idealismus" war, der in den letzten zwanzig Jahren eine verhängnisvolle Rolle nicht nur in Westdeutschland, sondern in ganz Westeuropa sowie, ein wenig anders akzentuiert, auch in den USA gespielt hat.

Was nun bedeutet diese gewiß fragmentarisch-polemische Analyse der Voraussetzungen der gegenwärtigen Situation in Europa und im besonderen in Deutschland für die Zukunft der geteilten Nation und für die Perspektiven der Demokratie ?

Die demokratische Revolte in Mitteldeutschland - trotz der gefühlssozialistischen Ausrichtung vieler ihrer Hauptakteure, die man jedoch nicht hochrechnen sollte auf die immer noch schweigende Mehrheit der 16 Millionen -, diese demokratische Revolte ist nicht nur ein Signal an uns, sondern an ganz Europa. Europa ist jetzt deutlich geworden, daß der nationale Emanzipationsprozeß der geteilten deutschen Nation - wie zu Beginn des 19. Jahrhunderts auch - ein von demokratischen Impulsen und humanen ordnungspolitischen Zielvorstellung geprägter Prozeß ist, der keinen bedroht, sondern allen nützt.

Die weitere Verweigerung einer staatlichen Einheit für die Mittel-und Westdeutschen mit dem durchschaubaren Argument, so könnte sich im Zentrum Europas wieder ein zu mächtiges Deutschland und damit ein potenzieller

Kriegsherd entwickeln, muß von uns allen als das zurückgewiesen werden, was es im Kern ist : eine moralische Disqualifikation aller deutschen Nachkriegsgenerationen, denen damit potenziell eine dauerhafte politische Bösartigkeit unterstellt wird.

Das subjektive demokratische Potenzial in beiden Teilen Deutschlands, das aht sich in diesen Wochen wie nie zuvor gezeigt, ist nicht geringer als das anderer europäischer Staaten und Nationen - ob im Westen des Kontinents oder im Osten. Diese Nation kann jedenfalls nicht ewig in die Schutz-Haft des Geteilt-Seins genommen werden. Das verletzt die Würde und Integrität ihrer Menschen.

Wir wollen als Deutsche keine negative Exklusivität, sondern eine positive Normalität.

Das erreichen wir aber nur, wenn wir unsere bisherige Ost- und Deutschland politik selbstkritisch aufarbeiten und entsprechend korrigieren. Ziel dieser Politik kann nämlich nur eins sein : Die bedingungslose Kapitulation der zweiten deutschen Diktatur, also der DDR, für die es nicht die geringste Existenzberechtigung gibt. Diese Kapitulation ist die entscheidende Voraussetzung für die Errichtung und Irreversibilität der einen deutschen Demokratie, die dann die dritte in unserer Geschichte wäre.

Lassen wir uns in diesem Zusammenhang übrigens nicht einreden, Europa wolle das nicht. Es gibt genug kompetente Stimmen - ob in Polen, Rußland, der Tschechoslowakei, Ungarn, Frankreich, Großbritannien oder auch in den USA -, die einen fundamentalen Zusammenhang zwischen einem auf demokratischer Basis vereinigten Deutschland, das übrigens kein Groß, sondern eher ein Kleinst-Deutschland wäre, sehen und ihrer eigenen nationalstaatlichen Emanzipation oder Verankerung hin in den Kreis demokratisch orientierter Völker. Aber selbst wenn es so wäre, daß eine Mehrheit in Europa den Deutschen dieses Glück verweigerte - es es kommt zuerst und zuletz darauf an, daß wir es wollen. Wenn wir es nicht oder nur halbherzig wollen, haben die anderen erst Recht keinen Anlaß, unserem Traum zum Leben zu verhelfen.

Aus diesem Grund muß man auch dem immer noch amtierenden Außenminister der zweiten deutschen Demokratie entschieden widersprechen, wenn er uns empfielt, sich aus dem gegenwärtigen Prozeß in Mitteldeutschland herauszuhalten; ähnlich reden auch verschiedene leitende Männer der evangelischen Kirche sowie vom radikaldemokratischen Aufbruch in der kommunistischen Hemisphäre überrollte Medienfürsten Westdeutschlands.

Ihnen allen muß gesagt werden : Zum einem stehen solchem Begehren schlicht Buchstabe und Geist des Grundgesetzes entgegen. Auch verschiedentlich aufgetauchte Interpretationen, daß in letzter Konsequenz nur die Mitteldeutschen darüber entscheiden, ob beide Teile zu einem Staat verschmelzen oder nicht, sind verfassungs und völkerrechtlich irrelevant. über die Einheit Deutschlands können nur alle Deutschen zur gleichen Zeit und gemeinsam abstimmen.

Man sollte da nicht schon wieder Nebel werfen und Sand streuen. Andere können auch lesen. Aber vor allem lassen wir, die wir die SED-Diktatur schon vor Jahren und Jahrzehnten bekämpft und dafür nicht zuletzt mit langen Gefängnisjahren bezahlt haben, uns von keinem Politiker, wo immer er herkommt, einreden, daß wir uns nicht in unsere eigenen, ureigenen Angelegenheiten einmischen dürften. Alles, was zwischen Elbe und Oder geschiet, ist immer auch unsere Sache. Wir haben mit dem zumeißt erzwungenen Wechsel von Mittel- nach Westdeutschland doch nicht unseren deutschlandpolitischen Verstand an der Garderobe in Gießen abgegeben. Wir haben nicht für Westdeutschland gekämpft und auch nicht für eine bessere DDR. Letzteres ist ein Widerspruch in sich. Wir haben dort wie hier für ei demokratisches Gesamtdeutschland gestritten, und wir haben nicht vir, diesen fortgesetzten Kampf aus der Wohlstandsperspektive heraus nur noch zu beobachten. Auf unsere geistige Immobilität aufgrund materieller Korrumpierung sollte tunlichst keiner spekulieren!

Das ist übrigens auch eine Adresse an die sich formierende Opposition in Mitteldeutschland, die im Rausch der Ereignisse einem gewissen Orginalitäts- und Ausschließlichkeitsanspruch verfällt.

Wir machen von hieraus keinem einen Vorwurf, daß er erst jetzt kämft - zumal viele der Aufbegehrenden junge Leute sind. Aber wir machen die älteren darauf aufmerksam, das die Oppositionellen von heute, die Mitglieder des Neuen Forums und anderer Gruppierungen, sich zunächst einmal in eine Tradition desWiderstandes gegen die totalitäre SED-Herrschaft eingereit

haben. Dieser Widerstand begann sogleich nach dem 8.Mai 1945 und erlebte seinen ersten und bis heute hin maßgebenden Höhepunkt, was seine moralische Qualifikation betrifft, am 17. Juni 1953. Auch wir, die wir seit 5 oder 10 oder mehr Jahren in Westdeutschland leben, sind während unserer Zeit in der zweiten deutschen Diktatur nicht der Hybris verfallen, die ersten Widerstandskämpfer zu sein, sondern haben uns sehr bewußt eingereiht in den Zug der Verletzlichen, deren aAngst vor Gummiknüppeln und Haft endlich denn doch geringer war als die Sehnsucht nach Freiheit und der einen demokratischen Nation.

Wenn wir die Diktatur auf deutschen Boden endgültig schlagen wollen, müssen wir stärker als je zuvor diese Zeit als eine Zeit der Gemeinsamkeit zwischen West- und Mitteldeutschen begreifen. In uns soll so vorweggenommen werden, was durch uns kommen wird : "Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland !"

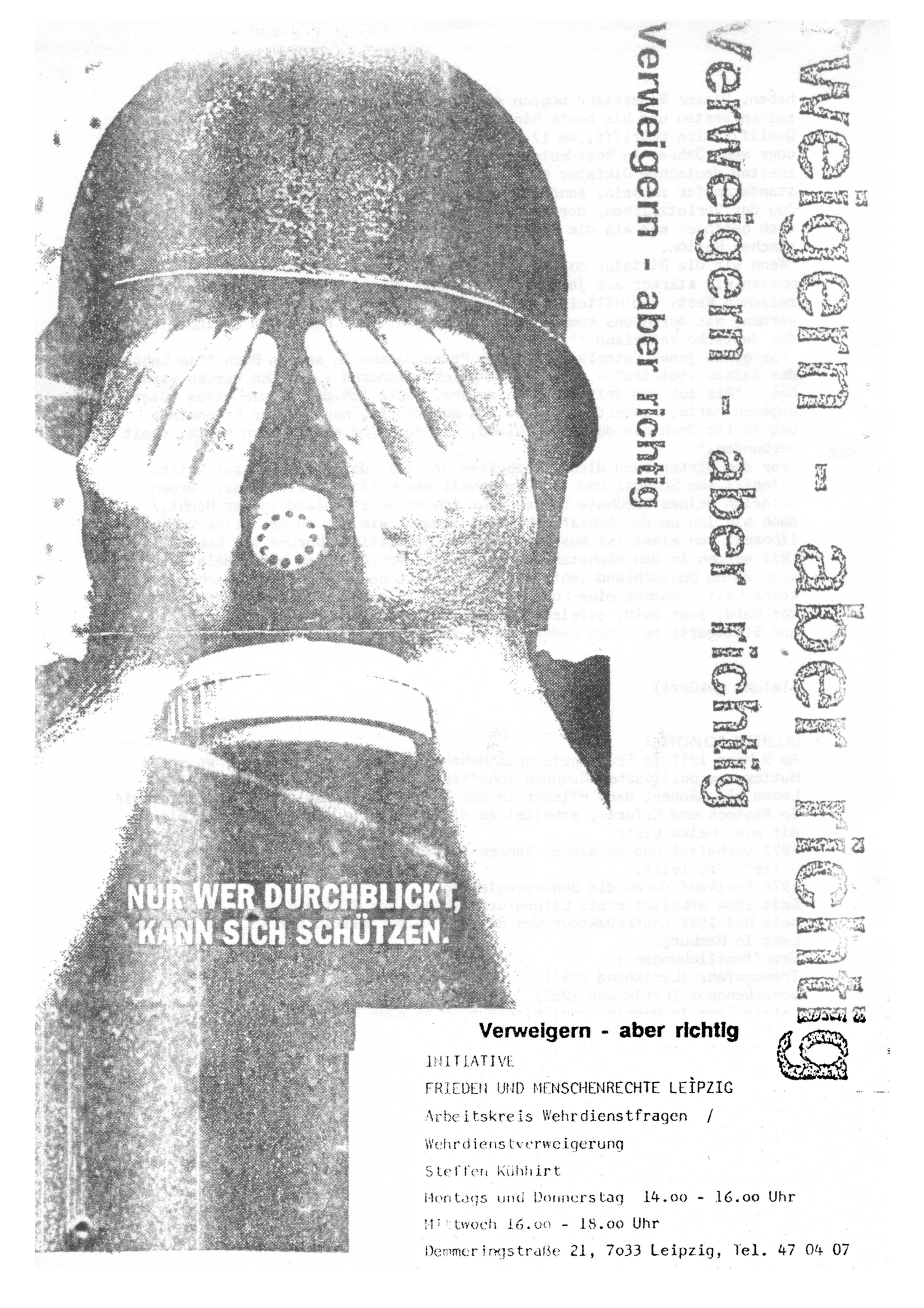
Für genau jenes Vaterland, auf das Peter Handke in seinem Buch "Die Lehre des Sainte Victoire" - sich eindringlich erinnernd - mit den Worten verwiesen hat : "Als ich vom dritten Reich erfuhr, wußte ich,daß es nie etwas böseres gegeben hatte, handelte auch, wo ich nur konnte, nach dieser Erkenntnis und fühlte doch nie das Deutschland, wie das Kind es erfahren hatte, damit verbunden."

Vor dem Hintergrund dieses doppelten Urteils, das die Liebe zur Nation reinhält vom Schmutz und der Gemeinheit des Nationalsozialismus, werden Heinrich Heines berühmte Verse "Denk ich an Deuztschland in der Nacht,/ dann bin ich um den Schlaf gebracht" aktuell wie nie zuvor. Seine Befindlichkeit von einst ist Ausdruck unserer produktiven Unruhe von heute.

Wir werden in den nächsten Jahren weniger Schlaf haben als jemals zuvor, wenn es um Deutschland geht; aber diese Zeit der verlängerten Wachheit ist keine Last, sondern eine Lust - verweist sie doch auf die Nähe eines Festes, das bald, sehr bald, gefeiert werden kann. Gefeiert zwischen Greifswald und Stuttgart; zwischen Emden und Dresden.

(leicht gekürzt)

ULLRICH SCHACHT :
Am 9.März 1951 im Frauengefängnis Hoheneck / Stollberg geboren, wo seine Mutter aus politischen Gründen inhaftiert war.
Lehre als Bäcker, dann Pfleger in der Psychatrie, studiert später Theologie in Rostock und Erfurt., arbeitet zu dieser Zeit in einem Friedenskreis mit u.a. Heiko Lietz
1973 verhaftet und zu sieben Jahren Zuchthaus wegen "staatsfeindlicher Hetze" verurteilt.
1976 Freikauf durch die Bundesregierung.
Seit 1984 arbeitet erals Literaturredakteur der WELTin Bonn.
seit Mai 1987 Chefredakteur des Ressort Kulturpolitik der WELT am SONNTAG.
Lebt in Hamburg.
Veröffentlichungen :
Traumgefahr (Lyrikband 1981)
Scherbenspur (Lyrikband 1983)
Letzte Tage in Mecklenburg;Erinnerungen an eine Heimeat (1985)
Dänemark. Gedichte (19886)
Brandenburgische Konzerte (1989)



Verweigern - aber richtig

INITIATIVE

FRIEDEN UND MENSCHENRECHTE LEIPZIG

Arbeitskreis Wehrdienstfragen /

Wehrdienstverweigerung

Steffen Kühhirt

Montags und Donnerstag 14.00 - 16.00 Uhr

Mittwoch 16.00 - 18.00 Uhr

Demmeringstraße 21, 7033 Leipzig, Tel. 47 04 07

DIE BODENLOSEN ROSEN

Irgendwann haben politische Gruppierungen einen Zustand der Frische, der noch alles erwarten läßt. Für die Deutsche Soziale Union hat dieser Zustand nicht lange angehalten.
Der "Aufruf der CSPD" von 1989 liest sich gut, man köonte erwägen, einzutreten. Die Grundrechte stehen am Anfang des Programmes , die CSPD verspricht , sich für individuelle und soziale Menschenrechte einzusetzen und bezieht sich auf die allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10.12.1948 . Das Nachdenken über Demokratie läßt als Hauptkriterien einer notwendigen Verfassungsreform die Gewährleistung der Grundrechte und die ökologische Verantwortung erscheinen. Die Gewaltentrennung ist erwähnt, besonderes Augenmerk liegt auf dem Recht , der Unabhängigkeit der Richter, der Überarbeitung von Strafgesetzbuch und Strafprozeßordnung sowie - ich lese es mit Freude, denn wenige widmen sich dem unattraktiveb Thema - Umgestaltung und Humanisierung des Strafvollzuges.

Die nach dem 2. Weltkrieg geschaffenen Länder sollen Ausgangspunkt für grundlegende Verwaltungsreformen sein, die Westgrenze Polens wird garantiert : als endgültige. Der Weg zur politischen Einheit Deutschlands soll vorerst über eine Konföderation mit der DDR gehen, über die ein Volksentscheid befinden soll. Der einzige Gegen - Satz , der im Text hervorgehoben wird, daß sich die CSPD nämlich gegen alle stalinistischen, totalitaristischen und kollektivistischen Systeme wendet, kann man unterschreiben. Freiheit und soziale Gerechtigkeit werden aneinander gebunden: ein Demokratenherz kann sich wohlfühlen. Christliche Werte sollen die Hinwendung zu Toleranz, Wahrheit und Gerechtigkeit garantieren.

Eine Woche nach der Gründung in Leipzig liest man in der Mittelbayerischen Zeitung vom 16./17.12.89 , daß nach dem Vorsitzenden Pfr. Ebeling die CSU und die CSPD nacheinander geborene Zwillinge seien. Dennoch sei eine Koalition mit der damaligen SDP möglich. Die CDU wird wenig freundlich beschrieben, im "bunten Teppich" der verschiedenen christlich geprägten Gruppen werden sich die "Rosen" durchsetzen. Damit meint Ebeling offenbar die CSPD. Wenig später verrät ein Flugblatt der DSU, daß die Rosen sich mit dem Blumenteppich vereinigt haben. 12 Parteiungen haben sich in eine 13. verwandelt: die DSU. Deren erstgenannte Ziele sind nun schon weit medienwirksamer Einheit und Freiheit , soziale Marktwirtschaft, der Beitritt zur EG und der Friedensvertrag für Deutschland.

Dorniger sind sie auch geworden: die DSU ist gegen alles, was mit 3. Weg und Sozialismus zu tun hat. Das ist sehr viel grober und unklarer, als die Bestimmungen im CSPD- Entwurf. Die christliche Toleranz ist im Wahlkampf offenbar auch nicht mehr geboten. Der große Aufmacher ist nun "Freiheit statt Sozialismus" , eine mediengängige Formel, die an Plattheit nichts zu wünschen übrig läßt. Dem Wähler mundgerecht werden Freiheit und Einheit so plakativ simplifiziert, daß man gar nicht mehr nachzudenken braucht. Nur anzukreuzen.

Im Programmauszug vom 17.1.90 ist der Ton moderat, die DSU hat an alles und alle gedacht, man könnte sich mit den Wahlkampfblüten versöhnen lassen und die Partei der Mitte akzeptieren. Es muß ja auch das geben. Nur ebenman erlebts noch anders. Die Zusammenkünfte werden z.T. radikalisiert, die Plakate werden immer knalliger ; nur mit der "Allianz für Deutschland" in der nun auch die entblockte CDU eine Heimat finden durfte, haben Freiheit, Wohlstand und Selbstbestimmung eine Chance... "Einheit jetzt" ist die wenig originell von "Demokratie jetzt" gekupferte Formel, die die Massen zur DSU bringen soll. Man schießt sich auf die SPD ein, die ähnliche Plattheiten von sich gibt - und das ist offenbar wirksam.

Das eigentlich Erschreckende ist die Plötzlichkeit, mit der die Deutschsozialen aus dem Boden wachsen, mit dem sie offenbar über 40 Jahre nichts zu tun hatten. Wieder einmal scheinen die Lehren aus der Geschichte vollkommen gezogen zu sein, die DSU besteht nur aus Unterdrückten, die vorher kein Härchen gekrümmt haben.
Mir sind die einfachen Lösungen, die kurzen Formeln der Deutschsozialen (Stern - Extranummer zur Wahl, Februar 90) auf Dauer unbekömmlich, man kann irgendwann nur noch wegsehen - und mit scheint, daß wir, die in den letzten Jahren vom Sicherheitsdienst beschattet, zugeführt und öfter auch inhaftiert waren, bald von neuen Gesinnungsforschern bedacht werden.
Die DSU hat an der Auflösung der Staatssicherheit kein Interesse mehr, man braucht sie ja künftig wieder.

Nicht nur unangenehm, auch befremdlich ist es, einfach etwas nachzumachen, was seine eigenen Blüten, wenn auch gemeinsame Wurzeln hat."Die Bundesrepublik hat es uns 1945 vorgemacht, wie mit Leistung und Initiative ein Land aufgebaut werden kann. "Darum also nicht nach Singapur, sondern in die DDR.Plötzlich fängt man bei Null an, als ob alles vorher nichts mit uns zu tun hatte. Wir haben doch hier gelebt, wie auch immer!
Wo kommen die Deutschsozialen denn her, wenn nur noch ein "Nie wieder" und "Wir sind die Betrogenen in unserem Land" übrigbleibt. Den Sätzen kann man sich auch anschließen, wenn sie sich nicht der Erkenntnis verschließen würden, daß die Betrogenen auch selbst die Betrüger waren und kräftig mitgespielthaben im staatssozialistischen Konzert.

Das Thema :"Wir haben die Lehren aus der Vergangenheit gezogen" wurde schon einmal zur Ideologie. Und die Wankelmütigen pflegen sich starken Worten und der Masse zuzugesellen: Sie haben wenig Boden unter den Füßen. Nun zieht das positive Denken ein, der Fortschritt, die Biederkeit, ein bodenloses deutsches Wesen; die DSU- Rose wird- schon lange nicht mehr frisch - allerlei braune Flecken bekommen, auch wenn mans anders will. Radikalität um die Kundgebungen machen bange, die einfachen Wahrheiten lassen die wirkliche Vergangenheit, in die wir alle verstrickt waren und weitgehend noch sind, einfach aus. Wer sich im Wahlkampf von der Gängigkeist der Parolen hierzulande leiten läßt, macht sich schuldig. Gerade an denen, die eigenständiges Denken durch die 40-jährige Volksverbildung kaum lernen konnten.

Daß die Schwachen den kommenden Strukturwandel zuerst zu spüren bekommen, läßt sich schon am Zusammenbruch der Wiedereingliederung Haftentlassener abspüren. Die erfreulichen Sätze der CSPD über die Humanisierung des Strafvollzuges sind im DSU - Programmauszug nicht mehr zu finden.
Das Thema ist unattraktiv. Im neu zu gründenden gesellschaftlichen Rat des Leipziger Strafvollzuges ist die DSU nicht vertreten, obwohl in der Vorbereitungsrunde sehr verschiedene Parteien und Bürgerbewegungen sind.

Die Rose, die sich hier durchgesetzt hat, ist zu stachlig für die Schwachen, zu grell geschminkt für die eigene Fahlheit. Und Boden scheint weithin das-selbe wie Aufwind zu sein. Wenn Pfr. Ebeling gefragt wird, ob er mehr Freiraum für eine eigenständige Entwicklung der DDR anstrebt (Spiegel vom 29.1.90 sS.26), ist die Antwort kurz - und soll nicht mehr kommentiert werden: " Nein. Meine Heimat war Ostdeutschland, mein Vaterland aber die Bundesrepublik. So war jeder DDR- Bürger gespalten. Um 20 Uhr mit der Tagesschau begann die innere Emigration. Das war unsere Welt, nicht die hier. Diese Welt drüben ist für uns die einzig mögliche, von der sozialen Marktordnung her, von der Freiheit her, von der Möglichkeit her, als Mesch leben zu können."

Weiterer sozialer Abstieg - oder gesellschaftliche Hilfe?

Aufruf zur Unterstützung der Wiedereingliederung psychisch auffälliger Strafentlassener und sozial gefährdeter Bürger

---

Wir wenden uns gemeinsam als Bürgerinitiativen und als staatliche Beauftragte an die Öffentlichkeit, um Menschen zu helfen, die auf Grund ihrer sozialen Herkunft und Entwicklung kaum allein lebensfähig sind.
Sie befinden sich in einem Teufelskreis von sozialer Abhängigkeit, Alkoholismus und Straffälligkeit, der auch für uns zunehmend spürbar wird.
Wir müssen uns daher vorbeugend gegen ein Anwachsen dieser Kriminalität engagieren und sind somit auf eine breite gesellschaftliche Unterstützung angewiesen.
Vorstellbar ist die Zusammenarbeit mit einzelnen Resozialisierungshelfern, lokalen Bürgerinitiativen, Kirchengemeinden und -gruppen, Parteien und gesellschaftlichen Organisationen.
Die bisher von staatlicher Seite geleistete Arbeit war beschnitten von unvollkommenen gesetzlichen Regelungen und zu geringen finanziellen Möglichkeiten.
Der Einsatz von kirchlichen und selbstorganisierten Gruppen war offiziell unerwünscht und konnte sich bisher kaum entfalten.
Jetzt ist die Voraussetzung dafür gegeben und die Mitarbeit aller Hilfsbereiten gefragt!
Durch das geringe Leistungsvermögen der Bürger, welches zwischen 20% - 90% liegt, gelten sie als schwer vermittelbar bei der Zuweisung eines zumutbaren Arbeitsplatzes.
Ihre Anzahl stieg bereits im Jahre 1984 wesentlich an, so daß man nach Möglichkeiten suchen mußte, sie zu resozialisieren.
Aus diesem Grunde wurden in verschiedenen Betrieben der Stadt Leipzig sogenannte "besondere Brigaden" für diese Bürger gebildet. In diesen Brigaden waren 5 - 15 psychisch auffällige Bürger tätig. Der eingesetzte Brigadeleiter sowie ein Stellvertreter halfen ihnen, sich im Arbeitsprozeß zu beweisen und im Leben zurechtzufinden.

Eingesetzt wurden die Brigaden zu Hof- und Transportarbeiten, zur Pflege von Grünanlagen und ähnlichen Arbeiten, die dem geminderten Leistungsvermögen entsprachen. Durch eine variable Arbeitszeit der Brigadeleiter war es möglich, auch die Freizeit sinnvoll zu gestalten.
Kulturelle Veranstaltungen, Kinobesuche, Brigadeausflüge und gegenseitige Hilfe beim Renovieren von Wohnungen wurden so ermöglicht.
Da es sich bei einem Großteil dieser Bürger um alkoholgefährdete bzw. alkoholkranke Menschen handelt, wurde durch die Brigadeleiter in verschiedenen Fällen der Kontakt zu Suchtbetreuungsstellen hergestellt.
Die grundmedizinische Betreuung erfolgte in der Regel durch das betriebliche Gesundheitswesen.
Allerdings war die medizinische Betreuung in den Stadtbezirken von unterschiedlichem Niveau geprägt, so daß nur begrenzt individuelle Hilfe möglich war.
Es ist erforderlich, daß sich das Gesundheitswesen auf psychologischem und grundmedizinischem Gebiet stärker in diese Arbeit einbringt und die eigene Verantwortung wahrnimmt.
Für einige war eine Eingliederung in den Arbeitsprozeß möglich, für andere konnte ein weiterer sozialer Abstieg nur verlangsamt werden.
Unser Anliegen ist es, die noch bestehenden besonderen Brigaden zu erhalten, auch wenn das für die Betriebe mit zusätzlichen Belastungen verbunden ist.
Dafür muß eine staatliche Subventionierungsregelung gefunden werden. Die Schaffung von Sozialheimen sind unbedingt erforderlich und bedürfen der Hilfe und Unterstützung der Kommunen, die sich nach einer Verwaltungsreform herausbilden werden.

Wir appellieren daher an alle Betriebe, in denen besondere Brigaden noch bestehen, diese im Interesse der Bürger und im Interesse einer künftigen sozialen und gerechten Gesellschaft zu erhalten.
Wir fordern alle Parteien, Kirchen und politischen Gruppierungen auf, sich mit uns für dieses humanistische Anliegen einzusetzen.

Runder Tisch
15. Sitzung
5. März 1990

Vorlage Nr. 15/22

Die am 15. 2. abgelaufene Amnestie beläßt eine große Menge von Strafgefangenen im Strafvollzug, die auf Grund der bisherigen Strafgesetzgebung zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Es sind zur Zeit nicht nur Schwerverbrecher im Gefängnis, sondern viele auf Grund von Paragraphen 44 und 48 StGB Inhaftierte. § 44 Abs. 1 regelt den Freiheitsentzug so, daß bei wiederholter Straffälligkeit auf eins bis fünf Jahre, nach § 44 Abs. 2 im verschärften Falle auf mindestens drei Jahre erkannt wird. Nach § 238 wird die Verletzung staatlicher Auflagen zur Wiedereingliederung gemäß § 48, die jetzt aufgehoben wurden, mit Freiheitsentzug bis zwei Jahre zusätzlich geahndet. So werden künftig Freiheitsstrafen von ungerechtfertigter Höhe geschaffen. Wegen dieser Strafhöhe wurden die Inhaftierten nicht amnestiert. Um an den Rand gedrängte Menschen nicht weiterhin Chancen zu verbauen und um die Glaubwürdigkeit der Rechtsprechung wiederherzustellen muß hier sofort gehandelt werden.

Beschlußantrag: Der Runde Tisch möge beschließen, Staatsrat Regierung und Justiz zu folgendemzu veranlassen:

1. Sämtliche auf Grund der unhaltbaren §§ 44 und 48 StGB Inhaftierten, sind zu amnestieren, soweit sie nicht erneut ein schweres Verbrechen begangen haben.

2. Darüber hinaus soll für alle Strafaussetzungen gemäß § 349 StPO der gesellschaftliche Beirat der jeweiligen Strafvollzugseinrichtung mit den darin vertretenen Sprechern des Gefangenenrates Mitspracherecht haben.

3. Umgehend muß eine Erhöhung des Verpflegungssatzes und der Arbeitsvergütung sowie eine Ausweitung der Besuchsregelung beschlossen werden.

Initiative für Frieden und Menschenrechte

Grüne Partei

DER FALL DANIEL KOKKALIS

In unseren letzten Informationsblatt berichteten wir über Wehrdienstverweigerer in Griechenland die in den griechischen Militärgefängnissen ihre Haftstrafen ableisten müssen.
Daniel kokkalis, er weigerte sich den bewaffneten oder den alternativen, der doppelt so lange andauert, abzuleisten, wurde von AMNESTY INTERNATIONAL zum " Gefangenen des Monats " ernannt. Aus diesem Grund wollen wir noch ein mal auf den griechischen Totalverweigerer eingehen. Der Griechische Geistliche Daniel Kokkalis ist 29 Jahre und sitzt seit März des vergangenen Jahres im Alvona - Militärgefängnis eine vier - jährige Haftstrafe ab. Er bekennt sich zu den Zeugen Jehovas, von denen in Griechenland mehrere hundert Wehrdiensttotalverweigerer in Gefängnissen sitzen. (vgl. IFM - info 5/90)
Seine religiöse Überzeugung verbietet es ihm einen militärischen Dienst abzuleisten, gleichgültig ob es sich dabei um Dienst mit der Waffe oder einen Dienst in den unbewaffneten Einheiten der griechischen Ammee handelt. Der Dienst in in den unbewaffneten Einheiten der griechischen Armee dauert zwischen 21 und 25 Monaten.
Einen zivilen Ersatzdienst in Krankenhäusern oder in anderen sozialen Einrichtungen gibt es in Griechenland nicht. Daniel Kokkalis ging den konsequenten Weg: er ging ins Gefängnis an statt die Gebote seiner Religion zu verletzten.
Daniel Kokkalis war im Juli 1987 vom griechischen Innenministerium als Priester der Zeugen Jehovas anerkannt worden, mit dieser Bestätigung durfte er Taufen, Hochzeiten und Begtäbnisse ausrichten.
Im September 1988 trat das Gesetz 1763 / 88 in Kraft. Das Gesetz beinhaltet, das "Priester, Mönche un Novizen einer anerkannten Religionsgemeinschaft vom Militär ausnimmt. Unter Berufung des neuen Gesetzes beantragte Daniel Kokalis sofort das er vom Wehrdienst ausgeschlossen wird. Die Reaktion darauf war, das er der Prozeß des Jungen Mannes für fünf Jahre verschoben wurde, mit der Begründung , mab müsse den Fall neu prüfen.
Im Jahr 1989 fiel dann das juristische Urteil 4 Jahre Haft für den griechischen Geistlichen, das übliche Strafmaß für Totalverweigerer in Griechenland.
Der Priester Kokkalis legte am 31. Oktober 1989 Berufung ein, die abgelehnt wurde. In der Begründung der Richter hieß es, daß es sich bei Zeugen Jehovasnicht um eine "anerkannte Religionsgemeinschaft" handele und damit das Gesetz 1763/88 nicht gelte.

Wir meinen jedoch freie Religionsausübung ist ein Menschenrecht, ebendso wie das Recht auf Wehrdienstverweigerung !
Wir bitten Sie, sich aus humanitären Gründen für den Gefangenen Daniel Kokkalis einzusetzen !!!



BESCHLUSS ZUM WEHRDIENST AM 22.1.1990

Der Zentrale Runde Tisch der DDR hat die Wehrpflicht in der DDR abgeschafft, wenn auch nur vorläufig befristet. Hier der Wortlaut des Beschlusses vom 22. Januar 1990 (Vorlage 9/10)

1. *Die zweite Lesung des gesetzes über den Zivildienst ist ausgesetzt.*

2. *Wehrpflicht und folglich ziviler Ersatzdienst können erst auf der Grundlage der noch zu erarbeitenden Verfassung gesetzlich bzw. neu geregelt werden.*

3. *Bis dahin ist der Zivildienst per Verordnung zu regeln.*
   WEHRDIENSTTOTALVERWEIGERER WERDEN WIE SCHON IN DEN VERGANGENEN DREI JAHREN - STRAFRECHTLICH NICHT VERFOLGT !!!

VERWEIGERT JETZT !

ARBEITSKREIS WEHRDINESTFRAGEN / WEHRDIENSTVERWEIGERUNG

Schreiben Sie an : President Christos Sartzetakis , Office of the President
17 Stisichorou Street , Athen , GRIECHENLAND